
Fehler, Versagen, Schuld?

Ein Streitgespräch über die Rolle von SPD, KPD und Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik zwischen Ulrich Borsdorf, Frank Deppe, Michael Schneider und Hermann Weber*

Dr. Ulrich Borsdorf, geb. 1944, ist wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB.

Prof. Dr. Frank Deppe, geb. 1941, ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Marburg.

Dr. Michael Schneider, geb. 1944, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Prof. Dr. Hermann Weber, geb. 1928, ist Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

Frage: Frank Deppe, in einem Ihrer jüngsten Aufsätze,¹ den Sie zusammen mit Witich Roßmann verfaßt haben, ordnen Sie die „Sozialfaschismus“-Theorie der KPD, nach der - so Stalin - Sozialdemokratie und Nazis Zwillingbrüder gewesen seien, ja, genau genommen, die Sozialdemokraten die schlimm-

1 Vgl. F. Deppe/W. Roßmann, Hätte der Faschismus verhindert werden können? Gewerkschaften, SPD und KPD 1929-1933, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1983, S. 18ff.

* Das mehrstündige Gespräch wurde am 15. März 1983 in Düsseldorf geführt. Es enthielt einen einleitenden Teil u.a. zur aktuellen Forschungslage über das Ende der Weimarer Republik sowie zur Politik der Unternehmer, der aus Platzgründen nicht abgedruckt werden kann. Von der Redaktion nahmen an dem Gespräch Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann teil.

meren und gefährlicheren Feinde der Arbeiterklasse waren, als krisenbedingtes, punktuelles, ultralinkes Sektierertum ein. Hermann Weber dagegen vertritt die Auffassung - in der Einleitung zu seiner Edition der Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD von 1922 bis 1933² - daß die Sozialfaschismus-These einer mit der Kommunistischen Internationale (Komintern) zumindest genau abgestimmten parteioffiziellen Strategie der KPD gehört. Würden Sie sich, Herr Deppe, zu diesem Themenbereich äußern?

Frank Deppe: Natürlich ist die Politik im Zeichen der „Sozialfaschismus“-These eine mit der Komintern abgestimmte Politik gewesen. Dem lagen die Beschlüsse und Orientierungen des VI. Weltkongresses der Komintern zugrunde, obwohl der Begriff schon 1924 von Stalin geprägt wurde.

Der wichtigste Differenzpunkt zwischen Hermann Weber und mir dürfte die Gesamtpolitik der KPD in dieser Periode betreffen. Der genannte Aufsatz stellt den Versuch dar, Ansatzpunkte für die mögliche Überwindung der Spaltung zwischen 1930 und 1933 aufzuzeigen. Es ist inzwischen nachgewiesen, daß insbesondere 1932 der Einheitswille in der Arbeiterschaft stark ausgeprägt gewesen ist. Dieser Tatbestand ist auch in den Führungsgremien der einzelnen Organisationen - vor allem zwischen April und Juni 1933 - diskutiert worden. Es gab zwischen April und Juni 1932 noch Einheitsfront-Angebote von der KPD. Es gab sie erneut nach dem 30. Januar 1933. Ich will damit aber nicht behaupten, daß die KPD keine Fehler gemacht hat, und daß die KPD nicht auch ihren Anteil an der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 hat. Zweifellos sind die Politik im Zeichen der „Sozialfaschismus“-These und auch die RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten)-Politik, die zum Aufbau eigener Gewerkschaftsorganisationen geführt hat, Fehler gewesen, die die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung vertieft haben.

Den schwerwiegendsten Fehler der kommunistischen Bewegung sehe ich darin, daß die damalige Situation als eine unmittelbar vorrevolutionäre Krisensituation gekennzeichnet wurde. Hier scheint mir das Grundproblem bei der Bewertung ihrer Strategie zu liegen. Allerdings haben die Analysen der KPD immer auch zutreffende Prognosen enthalten: zum Beispiel die Zuspitzung der Krise, die inneren Auseinandersetzungen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, die Kriegsgefahr u.a.m. Dennoch hat die Verknüpfung dieser Analysen mit der Erwartung einer revolutionären Radikalisierung der Arbeiterschaft dazu geführt, daß die Kampfmöglichkeiten von der KPD falsch eingeschätzt worden sind. Nicht zuletzt deshalb verfehlte sie Ziele, die sie proklamiert hatte, z.B., die Mehrheit der Arbeiterschaft von der Sozialdemokra-

2 Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Eingeleitet von H. Weber. Bearbeitet von H. Weber unter Mitwirkung von J. Wachtler, Düsseldorf 1981.

tie und von den - wie sie sagte - reformistischen Führern der Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen. Wenn man Mitgliederzahl und Wahlergebnisse der KPD am Ende der Weimarer Republik ansieht, erkennt man allerdings auch, daß sie in dieser Zeit erheblichen Einfluß gewonnen hat.

In den Führungsgremien der KPD hat es freilich immer wieder Schwankungen gegeben, bis hinauf in die Komintern, die insbesondere die Frage der Einheitsfront-Politik betrafen. Es gibt fast einen Rhythmus des Zugehens auf eine Einheitsfront-Politik und danach eines „ultralinken“ Zurückweichens davor - nicht zufällig im Juli 1932 und im Februar 1933. Das hängt natürlich auch mit der Haltung von Sozialdemokratie und der Gewerkschaften - insbesondere in der zugespitzten Situation des „Preußenschlages“ im Juli 1932 oder der Machtübertragung an Hitler Ende Januar 1933 - zusammen.

Es gibt in dieser ganzen Periode immer wieder Versuche der KPD, konkrete Aktionsprogramme zu formulieren, die die Möglichkeit bieten, Elemente von Einheitsfront zu praktizieren. Es wäre also falsch, die KPD-Politik nur auf die „Sozialfaschismus“-Politik zu reduzieren. Sie hat vielmehr im gewerkschaftlichen Bereich, im Bereich der Organisation von Arbeitslosen, im Bereich der Wohnungs- und Kommunalpolitik immer wieder versucht - bis hin zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD (1931) -, konkrete Aktionslosungen und -programme zu entwickeln.

Noch eine Bemerkung zur Gewerkschaftspolitik: Die Überlegungen der KPD und der RGO, wie in der Krise ab 1929 die Verbindung zwischen Organisierten und Unorganisierten, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen hergestellt werden kann, halte ich - auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen - nicht für falsch. Sie waren auch ein Ergebnis von Schwächen der Gewerkschaftspolitik, vor allem Reaktion auf die passive Hinnahme zunehmender staatlicher Eingriffe in den Freiraum gewerkschaftlicher Kampf und Aktionsmöglichkeiten. Der Fehler der KPD lag also nicht in der Entwicklung dieser Vorstellungen, sondern darin, daß sie diese Aktionen und diese Mobilisierungsstrategien mit einer falschen Bewertung der Krisensituation und der revolutionären Offensive verknüpfte, und daß sie diese Fehler zu spät - nämlich endgültig 1934/35 - korrigierte.

Herr Weber, obwohl im Hinblick auf den genannten Aufsatz von Herrn Deppe einige Differenzierungen angebracht wurden, bleiben wohl genügend kontroverse Punkte übrig.

Herrmann Weber: Ich maße mir - ebensowenig wie Herr Deppe - nicht an, Schuldanteile zuweisen zu wollen. Das ist nicht mein Problem. Mein Problem

liegt auf zwei Ebenen: Erstens: Es ist eine Geschichtssiegender, wenn nach wie vor - im Gegensatz zu dem, was Herr Deppe hier gesagt hat - die DDR oder die DKP die Politik des „Sozialfaschismus“ rechtfertigen. Ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß Schleifstein sich in der DKP-Zeitung „uz“ dazu hinreißen ließ zu behaupten, die Kommunisten seien die „konsequentesten Verteidiger der Weimarer Republik“ gewesen.³

Viel wichtiger allerdings erscheint mir zweitens die Frage nach den Motiven für die Fehler und danach, welche Strukturen diese „Fehler“ ermöglichten. Man merkt sehr rasch, daß hier mehr als nur Fehler vorliegen. Wenn ich noch einmal auf die Spaltung der Arbeiterbewegung zurückkommen darf, so ist festzustellen, daß ein Teil, nämlich der kommunistische, eingebettet war in eine übergeordnete Institution, nämlich in die Kommunistische Internationale. Die KPD war keine selbständige Partei, weder was die Politik noch was die Organisation anging.

Nicht das Zentralkomitee der KPD konnte also aufgrund der in Deutschland vorhandenen Realitäten eine bestimmte politische Linie festlegen, diese wurde vielmehr von der Komintern, und das hieß praktisch: von der sowjetischen Seite, bestimmt. Man muß sehr genau prüfen, - und ich habe das in einem Buch getan⁴ -, was der KPD durch die übergeordnete Strategie unabänderlich zwischen 1922 und 1934 vorgegeben war und was mögliche taktische Veränderungen gewesen sind.

Die „Sozialfaschismus“-These gehört ohne jeden Zweifel in die strategische Linie - danach war der Hauptfeind der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie. Dazu gehörte auch die Vorstellung von der allgemeinen Faschisierung des Staates. Dazu gehörte auch die Theorie, daß der Krieg vor der Tür stehe, und zwar nicht „irgendwo in Asien“, sondern ein Krieg gegen die Sowjetunion, der von einer sozialdemokratisch geführten Regierung unter dem Reichskanzler Hermann Müller ausgehe - eine aus heutiger Sicht geradezu absurde Vorstellung. Die KPD wurde gezwungen, eine solche abwegige Politik zu machen, die dann gelegentlich flexibler gestaltet wurde, so etwa von April bis Juni 1932 im Rahmen der Antifaschistischen Aktion. Damals schien die KPD zum ersten Mal zu erkennen, wo der Hauptfeind steht, und man wollte der NSDAP den Zugang zur Macht verlegen. Allerdings wurde diese Erkenntnis bereits im Juni 1932 wieder revidiert. Inzwischen habe ich durch Dokumente belegen können,⁵ daß es wiederum die Komintern war, der diese Politik der partiellen Abschwächung des „Hauptstoßes“ gegen die SPD zu weit ging und die dafür sorgte, daß sie schnell zurückgenommen wurde.

3 „Unsere Zeit“ (uz), 15. Jg., Nr. 17 v. 21.1.1983, S. 1.

4 H. Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

5 s. Anm. 2.

Man kann generell davon sprechen, daß in der Phase von 1929 bis 1933 die KPD nicht nur Fehler machte, wie es Herr Deppe hier eingeräumt hat, sondern daß ihre Generallinie aus strukturellen Gründen verfehlt war. Die Unterordnung einer Organisation, eines Teils der deutschen Arbeiterbewegung, unter die Komintern, deren Politik sie nicht bestimmen und kaum beeinflussen konnte, war entscheidend. Aus der Sicht der Sowjetunion mag die Politik richtig gewesen sein, für die deutsche Situation war sie katastrophal.

Frank Deppe: Ich kann der Grundthese von Hermann Weber nicht folgen. Wir müßten lange diskutieren, um konkret zu untersuchen, was die sowjetische Führung bewegen haben könnte, diese Linie gleichsam gegen die Realitäten in den verschiedenen Ländern - und vor allem in Deutschland - vorzuschreiben. Ganz sicher ist es richtig, daß die Ausschaltung Trotzki's, dann der „Rechten“ in der Sowjetunion in die inneren Auseinandersetzungen der Kommunistischen Parteien hineinwirkte. Was mir aber - aus der Sicht der weltpolitischen Situation und der inneren Situation in der Sowjetunion zu Beginn des ersten Fünfjahresplanes - nicht einleuchtet, ist die These von der zwangsläufigen Parallelisierung der revolutionären Offensive in der Sowjetunion und in den westlichen Ländern; denn es liegt doch nahe, daß man von Seiten der Sowjetunion viel eher äußere Ruhe brauchte, um den „großen Sprung nach vorne“ außenpolitisch abzusichern. Dazu würde aber eine große revolutionäre Initiative der kommunistischen Parteien im Westen nur schwer passen.

Das läßt sich auch bis in die Diskussionen der Komintern hinein verfolgen. In einer Reihe von neueren sozialgeschichtlichen Studien ist überzeugend nachgewiesen worden, daß die Parteimitgliedschaft die strategischen Wechsel und die sich ändernden Positionen der KPD nicht nur mitgetragen, sondern sie sogar stimmungsmäßig produziert hat. Das soll natürlich nicht heißen, daß falsche Orientierungen dann richtig werden, wenn sie von unten getragen werden. Ich will damit nur andeuten, daß die These von der externen Steuerung und Beeinflussung so nicht zutrifft.

Hermann Weber: Es kann nicht bestritten werden, daß die kommunistische Bewegung zwischen 1928 und 1932 ihren Massencharakter verstärken konnte - von drei auf sechs Millionen Wähler und von 100.000 auf 300.000 Mitglieder -, weil ihre Politik eben Anklang fand bei gewissen radikalisierten Kreisen. Dabei stellt sich die Frage, ob hier eine allgemeine Radikalisierung maßgeblich war, ob das Vorbild der Sowjetunion ausschlaggebend war oder eben die konkrete Politik der KPD. Worauf es ankommt ist, ob die Generallinie, wie ich es genannt habe, weil die KPD selbst es auch so bezeichnet hat, extern vorgegeben war - einerlei, ob es bei der Basis nun mehr oder weniger Anklang gefunden hat.

Meine These ist, daß die Generallinie von der Komintern vorgegeben war. Damit kommen wir zur Frage der Struktur der KPD. Die Struktur der KPD von 1929 würde ich mit Sigmund Neumann als die einer „absolutistischen Integrationspartei“ charakterisieren. Das heißt: Die Partei hatte starken Ordenscharakter. Sie war anders als die KPD von 1920 oder 1925. In den späten zwanziger Jahren haben wir es zu tun mit einer besonderen Partei: auf der einen Seite mit einer dynamischen Partei (was sie übrigens positiv von der Sozialdemokratie abhebt), auf der anderen Seite mit einer Partei, die durch eine ganz erhebliche Fluktuation gekennzeichnet ist. Das machte es der Führung außerordentlich leicht, die extern vorgegebene Politik durchzuführen. In vielen Parteibezirken gehörte 1932 etwa die Hälfte aller Funktionäre lediglich ein Jahr der Partei an. Für die Führung war es so relativ unproblematisch, gegenüber diesen politisch unerfahrenen Leuten ihre Politik durchzusetzen. Das gilt erst recht für die Mitglieder, von denen in dieser Zeit mehr als die Hälfte jährlich fluktuierten. Die eigentliche Schwierigkeit lag beim Führungskorps der KPD, bei dem es sich ja nicht um Dummköpfe handelte, die zum Beispiel nicht wußten, wo der eigentliche Feind der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung stand. Es sind auch eine ganze Reihe von Führern als Sündenböcke im Laufe der Jahre 1930 bis 1932 ausgeschlossen worden, so Paul Merker, so Heinz Neumann und Hermann Remmele.

Die Struktur der KPD, die insofern aus dem Parteienspektrum herausfällt, als sie - im Gegensatz zur SPD - eine antiparlamentarische Partei war, hat sich also ganz zu der „absolutistischen Integrationspartei“ hin entwickelt, die eine externe Politik durchexerzierte. Ich möchte zwei Beispiele dafür bringen, zunächst den Wahnsinn des Volksentscheids in Preußen. Die KPD schloß sich dem Volksentscheid der Rechten (DNVP-NSDAP) vom August 1931 gegen die preußische SPD-Regierung an. Zunächst war die gesamte KP-Führung dagegen, mit den Nazis zusammen gegen die von der SPD und vom Zentrum geführte preußische Regierung anzugehen. Dann wurde im Polit-Sekretariat des Exekutiv-Komitees der Komintern darüber diskutiert und anders beschlossen. Daraufhin fielen die deutschen KP-Führer, die vorher alle dagegen waren, ebenso einmütig um und stimmten für einen Volksentscheid zusammen mit den Nationalsozialisten. Ähnlich war es im Verlauf der Antifaschistischen Aktion im Frühjahr 1932, bei der sich der Einheitswille in der Arbeiterschaft ja besonders artikulierte. Es wurde sogar einiges erreicht, das ging dann allerdings der Komintern-Führung zu weit. Sie telegraphierte nach Berlin, dann verschickte das ZK der KPD das Rundschreiben vom 14. Juli 1932.⁶ Wenn man das liest, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Der Hauptstoß gegen die NSDAP wurde widerrufen, weil man den angeblichen Hauptfeind, die Sozialdemokratie, vorrangig bekämpfen müsse.

6 Die Generallinie, S. 526ff.

Natürlich hat es auch eine Basis für diese Politik gegeben, aber ich bezweifle, aufgrund der Quellen, daß diese Basis maßgebend und bestimmend war für die Politik der KPD. Entscheidend waren die externen Faktoren, Stalin und die Komintern. Das zeigt auch das Verhältnis der Komintern zu den anderen, nicht so starken Kommunistischen Parteien in anderen Ländern: Selbst wenn die Hälfte der Mitgliedschaft wegläuft, wie etwa 1925 oder 1929/1930 in der Tschechoslowakei, dann ist das vollkommen gleichgültig, es muß die Linie durchgesetzt werden. Und wenn sogar - wie in Schweden 1930 - fast eine ganze Partei opponiert, dann wird sie eben exkommuniziert, und es wird eine neue aufgebaut.

Ulrich Borsdorf: Man wird die KPD wohl kaum als eine souveräne, kaum als eine demokratische und kaum als eine republikanische Partei bezeichnen können. Sie war eine Partei, die seit 1930 glaubte, die Zeit zur Errichtung der Diktatur des Proletariats stehe unmittelbar bevor. Ich sehe aber das Hauptproblem weniger in der Frage der externen Politiksteuerung, die es natürlich gegeben hat. Manchmal war dieser externe Einfluß sogar heilsam: Als 1928 die „Rechten“ aus der KPD ausgeschlossen wurden, hatte sich die Partei damit ihrer Gewerkschaftskontakte beraubt. Damals drängte die sowjetische Führung darauf, daß die Partei durch eine Betriebszellenorganisation diesen Mangel ausglich. Ich sehe aber das Hauptproblem der KPD darin, daß sie keine hinreichende Analyse der tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geliefert hat; sie war jenseits ihrer Ideologie dazu einfach nicht in der Lage. Wenn man sich z.B. das Wahlprogramm von 1928 ansieht, so ist es rein voluntaristisch. Wenn zwischen verschiedenen Formen der bürgerlichen Herrschaft nicht mehr unterschieden werden kann, wenn parlamentarische Demokratie und Faschismus tendenziell das gleiche sind, weil die Besitz- und Produktionsverhältnisse sich nicht unterscheiden, dann fehlt das analytische Instrumentarium zu einer realistischen Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. So konnte die KPD Veränderungen, wie sie sich am Ende der Weimarer Republik vollzogen, nicht erfassen. Ausgerechnet der Theoretiker, der eine an Marx' Bonarpartismus-These entwickelte, intelligente und realistische Analyse des Faschismus geliefert hat - ich meine August Thalheimer -, wurde aus der Partei gedrängt. Das Ausmaß der Verblendung der KPD zeigt sich zum Beispiel in einem Artikel, den Ernst Thälmann im Dezember 1931 in der „Roten Fahne“ veröffentlichte. Mit Bezug auf den von Hermann Weber eben genannten Volksentscheid gegen die preußische Regierung schrieb er allen Ernstes, daß es auch in der KPD die „verlogene sozialdemokratische Ideologie“ gebe, wonach „Braun-Severing vielleicht doch das kleinere Übel gegenüber einer Hitler-Goebbels-Regierung in Preußen wären“. Mit dem Wort „Fehler“ ist das Gravierende dieser fatalen Fehleinschätzung nicht erfaßt. Bei aller Kritik an der KPD-Politik jener Zeit muß man aber bedenken, daß (und warum) es ihr

gelang, eine relativ große Anzahl von Anhängern zu mobilisieren, die sich offenbar von der Sozialdemokratie nicht (mehr) vertreten fühlten. Das heißt, der teil- und zeitweise Erfolg der KPD läßt auf gravierende Mängel in der Politik von SPD und Gewerkschaften schließen.

Frank Deppe: Die KPD verstand sich als revolutionäre Partei und sah darin ebenso eine Abgrenzung gegenüber anderen Parteien wie in dem besonderen Verhältnis zur Komintern und zur Sowjetunion. Die KPD ging davon aus, daß seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Oktober-Revolution eine revolutionäre Epoche begonnen habe. Diese Fragen hierzu diskutieren, würde den Rahmen unserer Diskussion sprengen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß - trotz zahlreicher Fehleinschätzungen - viele Analysen der KPD durchaus zutreffend waren. Es liegen also Einschätzungen der politischen Kräfteverhältnisse und der Kampfaufgaben der Arbeiterbewegung von Seiten der KPD vor, die sie als eigenständige politische Kraft ausweisen und die ihrem Selbstverständnis als revolutionäre Partei entsprechen.

Für mich ist ein entscheidender Sachverhalt die „Ghettoisierung“ des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung in dieser Zeit. Die Ausgrenzung und Abgrenzung von Seiten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften konnte nicht ohne Folgen bleiben. Wann immer von sozialistischen Parteien ein Schritt hin auf die Kommunisten getan worden ist, die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln vorhanden war, dann haben sich kommunistische Positionen in dieser Zeit - zum Beispiel im Jahre 1934 - auch sehr schnell verändert.

Ulrich Borsdorf: Das Problem der „Ghettoisierung“ scheint mir noch etwas anders zu liegen. Erstens hat sich die KPD mit ihren Ausschlüssen gegen „Abweichler“ - z.B. diejenigen, die dann die KPO bildeten - selbst in die Position gebracht, die sie 1935 selbst als „sektiererisch“ und „von den Massen abgehoben“ bezeichnet hat. Zweitens hat sie zum Beispiel auf die Gründung der SAP, deren Betreiber ja gerade das Gespräch und die Zusammenarbeit mit der KPD wollten und dafür in der SPD keine Unterstützung fanden, noch schärfer reagiert als auf die Politik der SPD selbst. Insofern muß man von einer „Selbst-ghettoisierung“ sprechen.

Hermann Weber: Der Begriff „Ghettoisierung“ ist m.E. für die Periode 1923 bis 1929 für die KPD nicht mehr zutreffend. Er gilt für eine frühere Zeit. Einerseits hat nämlich die KPD nach 1929 Masseneinfluß gehabt, andererseits war sie ganz auf die Sowjetunion fixiert. Die UdSSR galt als unanfechtbares Vorbild, als „Vaterland“ der deutschen Kommunisten. Damit brachte sich die KPD in eine freiwillige Isolierung; Führung und Funktionäre erreichten eine Abkapselung der KPD von der übrigen deutschen Arbeiterbewegung.

Nun zur Rolle der SPD. Es seien nur einige Stichworte dazu genannt, die in der Literatur immer wieder vorkommen: die Starrheit, die Unbeweglichkeit, die Überalterung der Partei am Ende der Weimarer Republik, ihre mangelnde Bereitschaft, aktive Elemente in die Politik einzubringen, womöglich bis hin zum bewaffneten Widerstand. Daraus haben ja insbesondere marxistische Historiker den Schluß vom „Versagen“ und vom „Verrat“ der SPD gezogen. Wie würden Sie die Rolle der SPD beurteilen, Herr Weber?

Herrmann Weber: Die These vom „Verrat“ kann man vergessen, dadurch werden subjektivistische Züge in die Analyse hineingetragen, die nicht weiterhelfen. Die Frage nach der Rolle der SPD bleibt berechtigt. Sie war natürlich in ihren Aktionen begrenzt, insbesondere durch die ständige Zunahme der Wählerzahl für die KPD. Wichtig ist also der Gesichtspunkt, daß die SPD sich die Konkurrenz der KPD wirklich vom Halse halten mußte. Über die Rolle der SPD ist neuerdings ein Streit entbrannt. Helga Grebing⁷ hat z.B. eine von den bisherigen Vorstellungen abweichende Version gegeben, indem sie das Verhältnis Führung-Massen neu interpretiert. Bisher ist es meist so gesehen worden, daß die Massen bereit gewesen wären zu kämpfen, während die Führungen zögerten. Vieles von dem, was Helga Grebing sagt, beeindruckt mich durchaus. Ich bleibe allerdings der Auffassung, daß auch die SPD keineswegs auf der Höhe der Zeit gewesen ist.

Die SPD wußte, was mit dem Nationalsozialismus auf sie zukommen würde, und obwohl die radikalen Auseinandersetzungen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Formen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten abliefen, sehe ich doch den wahren und schärfsten Gegensatz zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokratie. Die programmatischen Grundsätze der Sozialdemokratie wie Frieden, Demokratie, Freiheit waren das genaue Gegenteil von dem, was die Nationalsozialisten dachten und praktizierten. Daher scheint mir die Haltung der Sozialdemokratie in der praktischen Politik um so unverständlicher. Man hätte damals alles tun müssen, um Hitler zu verhindern. Rückblickend ist zu sagen, die katastrophalen Folgen des Nationalsozialismus für Deutschland und Europa mußten vermieden werden. Insofern erscheint mir die von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie verfolgte Strategie des „kleineren Übels“, der Versuch, durch Unterstützung Brünnings Hitler zu verhindern, im Ansatz verständlich und gar nicht so falsch. Andererseits sind die schlimmen Folgen des schon genannten Immobilismus nicht zu übersehen: Am 20. Juli 1932, also am Tage des Staatsstrechs von Papens gegen die Preußenregierung, nur auf den Staatsgerichtshof zu verweisen, konnte politisch nicht weiterführen. Dieser Immobilismus der SPD scheint mir ihre Hauptschwäche am Ende der Weimarer Republik gewesen zu sein.

7 Helga Grebing, Flucht vor Hitler? in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 4, 5/83, 29.1.1983, S. 26ff (s. auch den Beitrag von H. Grebing in diesem Heft).

Frank Deppe: Die These von Hermann Weber vom Immobilismus der SPD kann ich akzeptieren; allerdings vertrete ich eine andere Auffassung zur Politik des „kleineren Übels“. Mit der Tolerierungspolitik der SPD und auch des ADGB und mit der bewußten Politik des „kleineren Übels“ ab 1930 hat die SPD einen wichtigen Teil der Auseinandersetzungen ausgeblendet. Damals wäre es notwendig gewesen, die ganze Kraft, die die SPD hatte, in die Waagschale zu werfen und als Gegengewicht im außerparlamentarischen Kampf zu etablieren. Das gilt auch für die Gewerkschaften.

In den Diskussionen des ADGB-Bundesvorstandes wurde zum Beispiel durchaus die Notwendigkeit erkannt, die Probleme der Arbeitslosen in der Politik der Organisationen stärker zu berücksichtigen. Gleichzeitig wurde davor gewarnt, weil die Kommunisten hier Einfluß gewinnen könnten. Das gleiche gilt für die Streikdiskussionen in dieser Zeit. Durch diese Abgrenzung zur KPD haben sich SPD und Gewerkschaften in ihren „Immobilismus“ eingemauert. Harold Laski und Franz Neumann haben darauf hingewiesen, daß hier das Staatsverständnis des Reformismus eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat, das von Legalismus geprägt war. Das Versäumnis der SPD bestand also nicht nur in der Unterschätzung des Nationalsozialismus, sondern auch in der Fehleinschätzung der Kapitalstrategien in der Krise. Diese Unterschätzung hat dazu geführt, daß die SPD ab 1930 mit der Tolerierungspolitik eine illusionäre Politik verfolgte. Sie ging dabei nicht nur vom „kleineren Übel“ aus, sondern auch von der Illusion, daß man bei fortschreitender Liquidierung der Demokratie die demokratischen Institutionen retten könne. Eine weitere Folge dieser Fehleinschätzung war, daß der ganze Bereich der Bewußtseinsbildung und der Kampferfahrung in der Anhängerschaft der SPD vernachlässigt und reduziert worden ist. Das hat dann für die Bewußtseinsbildung in der Arbeiterschaft - und die SPD vertrat ja den größten Teil der Arbeiterschaft - verheerende Konsequenzen gehabt.

Michael Schneider: Es ist gesagt worden, daß die Politik des „kleineren Übels“ schon ab 1930 eine Illusion gewesen sei; die Tolerierung Brüning's habe nur wenig attraktiv auf die Mitgliedschaft und die Anhängerschaft der SPD wirken können, weil die SPD die Verantwortung z.B. für den notverordneten Sozialabbau mit übernahm, den sie in Reden und öffentlichen Bekundungen ablehnte. Dabei stellt sich mir allerdings die Frage, wenn ich mir den hier von Frank Deppe gemachten Vorschlag ansehe, ob nicht für den Fall von außerparlamentarischen Aktionen der SPD und gleichzeitiger Tolerierung die Kluft in der SPD-Politik noch sehr viel größer geworden wäre. Darauf könnte man einwenden, daß die SPD die Politik der Tolerierung ja hätte aufgeben können. Aber, was wäre dann geschehen? Nach der Weimarer Verfassungskonzeption hätte das Ende der Tolerierungspolitik Neuwahlen bedeutet. Aller Wahrscheinlich-

keit nach hätten jedoch Neuwahlen nicht zu einer funktionsfähigen Parlaments- und damit Regierungsmehrheit, sondern zu einer weiteren Verstärkung der Flügelparteien KPD und vor allem NSDAP geführt. Mit dieser Überlegung muß man sich, wenn man den Gedanken Frank Deppes aufnimmt, in jedem Fall auseinandersetzen. Ich würde jedenfalls die Politik des „kleineren Übels“, so schwierig sie nach außen zu vertreten war, nicht von vornherein als falsch und zur Erfolglosigkeit verdammt bezeichnen.

Ein zweites Problem, das ich gerne ansprechen möchte, ist die Frage der Gewalt. Man kann sich m.E. nicht einfach mit der Bemerkung zurücklehnen, auf Gewalt hätte man eben mit Gewalt reagieren müssen. Einmal abgesehen von eher grundsätzlichen Legitimationsproblemen des Gewalteinsatzes stellten sich in der konkreten Situation am Ende der Weimarer Republik mehrere Handlungsbarrieren, speziell für die Sozialdemokratie. Dabei ist nicht nur an die Massenarbeitslosigkeit mit ihrer demoralisierenden Wirkung und nicht nur an die Last einer etwaigen Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu denken. Hinzu kam, daß nicht nur der Ausgang eines solchen Kampfes - um es positiv zu formulieren - überaus ungewiß war, sondern daß niemandem klar sein konnte, wie eine durch Gewalteinsatz zu verhindernde und vielleicht auch verhinderte nationalsozialistische Herrschaft ausgesehen hätte. Auch darf man nicht übersehen, daß die Sozialdemokraten unter Anspielung auf die Revolution von November 1918 als „Novemberverbrecher“ beschimpft wurden; vielleicht ist es nicht auszuschließen, daß die Sozialdemokraten - gerade angesichts der Unkenntnis des Kommenden - nicht ein zweites Mal einen entsprechenden Vorwurf „provozieren“ wollten. Mit diesen Hinweisen soll nicht rundum die Politik der SPD gerechtfertigt werden; aber diese Faktoren müßten doch in einem Gesamtbild der Handlungsbedingungen sozialdemokratischer Politik berücksichtigt werden.

Ulrich Borsdorf: Wenn man über die Politik der SPD am Ende der Weimarer Republik urteilt, so muß man auch nach den möglichen Alternativen fragen. Und eine davon ist beim Parteitag der SPD im Jahre 1931 von denen formuliert worden, die später die SAP bildeten: Es wurde gesagt, man solle doch keine Furcht vor der Hereinnahme der Nationalsozialisten in eine Regierung haben. Diese würden vom Zentrum schon gezähmt werden. Die Sozialdemokratie könne dann mit außerparlamentarischen Mitteln den Widerstand organisieren. Mir fällt es schwer, die Politik der SPD zu kritisieren, soweit sie darauf angelegt war, die NSDAP so lange wie möglich von der Regierung fernzuhalten. Das war zwar eine Entscheidung, die letztendlich zur politischen Auszehrung der SPD und insbesondere der Gewerkschaften geführt hat, aber ich sehe nicht, daß z.B. die beschriebene Alternative richtiger gewesen wäre. Es hätte nämlich die Vorbereitung der nationalsozialistischen Machtergreifung bereits

im Jahre 1931 bedeutet. Die SPD-Politik mag zwar unpopulär gewesen sein, und es fällt auch im nachhinein schwer, sie zu akzeptieren; wenn man allerdings in Handlungsalternativen denkt, dann sehe ich weit und breit keine.

Frank Deppe: Es ist für den Historiker immer schwer, Handlungsalternativen zu diskutieren. In diesem Fall ist es nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch und gerade eine moralische Frage. Wo setzt man den Bewertungsmaßstab an? In der damaligen Konstellation selbst oder beim Ergebnis? Vom Ergebnis her ist das Ausmaß an Gewalt, das der Arbeiterbewegung vom Faschismus angetan worden ist, so unermeßlich groß, daß gewaltsame Aktionen am Ende der Weimarer Republik bis hin zum Bürgerkrieg, aus dieser Sichtweise eine andere Dimension gewinnen. Im übrigen war doch die historische Zeitspanne zwischen dem Ersten Weltkrieg, der November-Revolution und dem Ende der Weimarer Republik relativ kurz. Der Kapp-Putsch von 1920 und der Generalstreik waren für viele noch eigene, unmittelbar erlebte Vergangenheit.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das österreichische Beispiel hinweisen. Es hat für die österreichische Sozialdemokratie schon eine wichtige Bedeutung, daß die österreichischen Arbeiter damals - in wie schwächlichen Formen auch immer - gekämpft haben, um sich gegen den Faschismus zu wehren. Es war für die deutsche Arbeiterbewegung eine bittere Konsequenz - man muß nur Hoegner oder andere Zeitdokumente lesen -, daß man kampflös resignierte. Die Frage eines Bürgerkrieges kann also nicht abstrakt an die Geschichte herangetragen werden; aber man kann sie bei der Betrachtung auch nicht ausschalten. Ich sehe einen direkten Zusammenhang zwischen der Fähigkeit von Teilen der Arbeiterklasse, sich zu wehren und dem politischen Einfluß, den die Organisationen gewonnen haben. So besteht zweifellos ein Zusammenhang zwischen der Herbststreikwelle von 1932 und dem Wahlergebnis vom November 1932, das den Nationalsozialisten empfindliche Verluste brachte.

Hermann Weber: Es scheint mir in der Tat um die Frage des Handlungsspielraums der Sozialdemokratie zu gehen, so wie er hier von Michael Schneider dargestellt worden ist. Helga Grebing hat den Stand der Diskussion zu diesem Punkt in ihrem bereits genannten Aufsatz zusammengefaßt, in dem sie auch die Alternativen prüft. Dabei spielt natürlich eine Rolle, ob nicht ein kämpferischer Untergang - auf lange Sicht gesehen - hilfreicher gewesen wäre. Das bleibt schwer zu entscheiden. Ich gehe davon aus, daß die Rettung der demokratischen Institutionen - und das war ja die Hauptabsicht der Politik des „kleineren Übels“ - das Entscheidende ist. Wenn erst ein Unrechtssystem etabliert ist, ist es kaum noch zu stürzen. Man muß es vorher verhindern mit allen Möglichkeiten, die es gibt. Die Sicherung des Rechtsstaates ist dabei vorrangig, und in dieser Frage war eben die Arbeiterbewegung gespalten, weil die Kommuni-

sten zu dieser Rettung nicht bereit waren. Nicht zuletzt infolge der Politik der KPD wurde die SPD immer schwächer, verlor sie Wähler, konnte sie allein nichts mehr in diese Richtung bewirken. Die Verteidigung der Republik war nicht am 30. Januar 1933 zu bewerkstelligen. Das hätte man vorher tun müssen. Und da ergibt sich immer wieder die Frage: mit wem? Welches Reservoir gab es, das bereit war, die Republik zu verteidigen? Die Kommunisten gehörten nicht dazu, und wir haben auch schon große Teile der bürgerlichen Parteien ausgeschlossen, so daß sich dieses Reservoir tatsächlich auf die SPD und die Freien Gewerkschaften beschränkte. Daß diese allein es nicht schaffen konnten, scheint mir selbstverständlich zu sein. Bei aller Kritik, die ich hier auch selbst angebracht habe, sieht man daher SPD und Gewerkschaften in einer verheerend schwierigen Lage. Ich glaube, daß die Zeitgenossen die Politik des „kleineren Übels“ gar nicht so problematisch fanden, da sie ja nicht - wie wir - in der Lage waren, die Bündelung der Probleme zu erkennen. Wenn man es im Zusammenhang sieht, wird jedenfalls klar, wie schwer es für den kleinen Rest derer war, die die Demokratie und die Republik verteidigen wollten, diese Aufgabe zu erfüllen.

Das gleiche Maß, das man an die Politik der politischen Parteien anlegt, muß sicher auch für die Politik der Gewerkschaften gelten. Hätten sie dieses Ende der Weimarer Republik verhindern können? Haben sie versagt, haben sie „Verrat“ geübt? Gibt es strukturelle Momente, die ihre damalige Politik erklären können?

Ulrich Borsdorf: Das Wort vom „Verrat“ ist unangebracht, die Frage der „Schuld“ ist in der Diskussion schon differenziert worden. Auch beim Begriff „Versagen“ habe ich Schwierigkeiten. Wer diesen Begriff verwendet, muß realistische Handlungsalternativen benennen können. Wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaften „versagt“ haben - welches Wort wäre dann noch für die KPD-Politik übrig?

Wenn man z.B. die Politik des ADGB am Ende der Regierung Hermann Müller - 1930 - betrachtet, so sehe ich keine Alternative zur Entscheidung der Gewerkschaften. Die Wirtschaftsliberalen wollten die Sozialdemokraten schon lange aus der Regierung hinausprovokieren und die Gewerkschaften hatten gar keine andere Möglichkeit, als die weitere Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abzulehnen; eine Konstellation, die einem bekannt vorkommt.

Daß es uns natürlich heute lieber wäre, wenn die Arbeiterbewegung ein „heroisches Signal“ (Schönhoven) gegeben hätte, ist verständlich: das hätte auch die Handlungsspielräume von Gewerkschaften und Sozialdemokratie nach

1945 entscheidend vergrößert. Aber ich kann die Gewerkschaftsführungen nicht dafür kritisieren, daß sie das Risiko des Bürgerkrieges gescheut haben. Der Begriff der „Niederlage“ scheint mir am besten auf die Politik der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik anwendbar zu sein. Man muß versuchen, die Ursache für diese Niederlage zu benennen. Dann kommen auch Sachverhalte ins Blickfeld, die über die politischen Tagesentscheidungen hinaus als strukturelle Schwächen der Gewerkschaften in der Weimarer Republik bezeichnet werden müssen. Die Niederlage hat - nach meiner Ansicht - mehrere Aspekte. Der erste Aspekt ist ein organisationspolitischer. Es ist auch den Gewerkschaften nicht gelungen, die auseinanderstrebenden Teile der Arbeiterbewegung zusammenzufügen, was auf dem Hintergrund gemeinsamer Interessen - ökonomischer und politischer Art - hätte gelingen müssen; doch das haben wir bereits abgehandelt.

Die Niederlage hat dann einen programmatischen Aspekt. Die Gewerkschaften sind in die Krise 1929 mit einem Wirtschaftsdemokratie-Konzept hineingegangen, das z.B. die Entwicklung der arbeitsrechtlichen Institutionen der Weimarer Republik einfach optimistisch fortschrieb. Das Staatsverständnis dieses Programms - da würde ich Frank Deppe folgen - entsprach nicht den tatsächlichen Kräfteverhältnissen. Der Staat wurde quasi als klassenneutral verstanden; das war genau so fehlerhaft wie die kommunistische Staatsinterpretation, die den Staat ausschließlich als das Instrument der herrschenden Klasse ansah. Die Gewerkschaften haben jedoch dann sehr viel schneller als die SPD auf die Krise reagiert und mit dem WTB-Plan ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, das ein realistisches Krisenbekämpfungsmittel darstellte. Die SPD konnte sich auf dieses Programm zunächst nicht einstellen, weil die einen es für unmarxistisch, die anderen es für inflationistisch hielten. Schon in diesem Zusammenhang, 1931/32, beginnt also ein Ablösungsprozeß der Gewerkschaften von der SPD. Entscheidend finde ich den dritten Aspekt der Niederlage, den soziologischen. Es ist den Gewerkschaften, insbesondere dem AGDB, nicht gelungen, über die - z.B. durch Rationalisierung weiter segmentierte - Arbeiterklasse eine gemeinsame Organisation zu wölben. Man erkennt das deutlich an der Rolle der Angestellten. Es ist dem ADGB nicht wirklich geglückt, eine für Angestellte attraktive Politik anzubieten. Ich halte die Angestelltenfrage deshalb für eine der wichtigsten Fragen, weil gerade die Angestellten ein großes Wählerpotential für die Nationalsozialisten dargestellt haben. Im Verhältnis zwischen der Führung und der Basis in den Gewerkschaften ist wohl auch ein wesentliches Moment der Niederlage zu sehen. Nicht in dem platten Sinne, die Führung habe eine dauernd mobilisierbare Basis ins Leere laufen lassen, sondern eher so, wie Helga Grebing es beschreibt: Sie spricht von einer wechselseitigen Blockierung; einer starrte auf den anderen. Lähmung war die Folge. Meiner Ansicht nach begann dieser gegenseitige Prozeß der Demotivation

im Ruhreisenstreik und erreichte seinen Höhepunkt nach Papens „Preußenschlag“ im Juli 1932. Danach, scheint mir, waren die objektiven Bedingungen für eine Offensive nicht mehr gegeben.

Es ist dem ADGB auch nicht gelungen, die Jugend in großem Ausmaß zu organisieren. Das bedeutete ebenfalls eine erhebliche Schwächung. Es handelte sich hier, wie auch schon in der Revolution von 1918/19, um einen Generationenkonflikt in der Arbeiterbewegung. SPD und Freie Gewerkschaften waren „alte“ Organisationen, während die KPD und die NSDAP bedeutend jünger waren. Es gibt bis jetzt darüber keine exakten Zahlen, aber mit Sicherheit hatte dieser Überalterungsprozeß der Gewerkschaften und der SPD schon weit vor 1930 eingesetzt. Schließlich ist der Mitgliederrückgang zu berücksichtigen. Die Mitgliederzahl des ADGB ging von 5 Mio. im Jahr 1929 auf 3,9 Mio. im Jahr 1932 zurück und ist sicher im Jahr 1933 noch weiter abgesunken. Ein weiterer Aspekt der Niederlage ist ökonomisch begründet. Die Arbeitslosigkeit hatte 1932 ein Ausmaß erreicht, das die Gewerkschaften praktisch handlungsunfähig machte. Wenn 44 Prozent der Mitglieder arbeitslos sind und 21 Prozent kurzarbeiten, dann scheint mir eine aktive oder, wie es Frank Deppe vielleicht ausdrücken würde, kämpferische Gewerkschaftspolitik schlechterdings nicht mehr vorstellbar. Die Herbststreikwelle 1932 ist da keineswegs Beweis für das Gegenteil, zumal in diesen Zusammenhang ja auch der BVG-Streik gehören würde.

Es darf auch nicht übersehen werden, welche Wirkung die RGO-Politik hatte, die jeden Streik in eine revolutionäre Aktion überführen wollte. Eine ausschlaggebende Schwäche der Gewerkschaften war es sicherlich, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Arbeitslosen bei der Stange zu halten und die Unorganisierten zu gewinnen. Abschließend kommt der politische Aspekt der Niederlage hinzu. Zunächst die Tolerierungspolitik an der Seite der SPD, schließlich aber auch die Ablösung von der SPD haben die Handlungsspielräume zusätzlich erheblich eingeengt.

Und wie sah die Problemstellung für die Christlichen Gewerkschaften aus?

Michael Schneider: Schaut man sich die Programmerkklärungen der Christlichen Gewerkschaften aus den dreißiger Jahren an, so ist nicht zu übersehen, daß viel von Nation, von Volkstum, von Volksgemeinschaft, von Stand, von Autorität, von Führung, auch von deutschem Blut und deutscher Rasse die Rede ist. Der Verdacht, daß die Christlichen Gewerkschaften so etwas gewesen seien wie die Vertreter nationalsozialistischer Ideologieelemente innerhalb der Arbeiterbewegung, speziell der Gewerkschaftsbewegung, drängt sich insofern zunächst einmal auf.

Ich glaube allerdings, daß man auch bei der christlichen Gewerkschaftsbewegung etwas genauer hinsehen muß. Die eben zitierten Begriffe stammen ohne Zweifel aus der Tradition der christlich-sozialen Bewegung. Sie waren von daher zum großen Teil geschützt gegen die Übersteigerungen des Nationalsozialismus oder gegen Antisemitismus, wurden aber in den dreißiger Jahren von den Christlichen Gewerkschaften weiterverwendet, auch auf die Gefahr hin, daß die Füllung dieser Begriffe von ganz anderen Gruppen vorgenommen wurde. Derjenige, der etwas von „Stand“ hörte, dachte zunächst einmal an den Ständestaat: wer etwas von „Rasse“ hörte, dachte vorwiegend daran, daß „Undeutsches“ ausgegrenzt werden müsse: wer etwas von volkstümlicher Kultur hörte, unterlag stark der Gefahr, dies mit dem Begriff „Volksfremde“ oder „entartete Kunst“ in Verbindung zu bringen. Die Christlichen Gewerkschaften haben sich also bemüht, mit ihrer Eigenbegrifflichkeit im nationalen Lager der Arbeitnehmerschaft integrierend zu wirken, um den Preis, damit zu einer Verwischung der Grenze zu den Nationalsozialisten beizutragen.

Insgesamt sind - schaut man sich das Verhältnis der Christlichen Gewerkschaften zur Weimarer Republik an - zwei gegenläufige Entwicklungen zu bemerken. Die Christlichen Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß im Herbst 1932 deutlich wie nie zuvor ein Bekenntnis zum „sozialen Volksstaat“ Weimarer Prägung abgelegt. Gleichwohl haben sie dem Bekenntnis zur Republik wieder etwas den Boden entzogen, wenn Theodor Brauer etwa die Idee einer berufsständischen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft verfocht. Es fragt sich, ob dadurch nicht in weiten Kreisen der nicht so genau hinhörenden Zuhörerschaft der Eindruck entstehen mußte, es sei so etwas wie ein ständestaatlicher Aufbau angestrebt. Die Christlichen Gewerkschaften haben durch ihre programmatische Betonung der Ständeidee mit dazu beigetragen, den Parlamentarismus in der Weimarer Republik zu schwächen.

Nun zu der direkten Konfrontation der Christlichen Gewerkschaften mit dem Nationalsozialismus: Die Christlichen Gewerkschaften haben sich frühzeitig, d.h. nach der September-Wahl 1930, als weltanschaulicher und politischer Gegner des Nationalsozialismus verstanden. Sie haben dies aber mit Rücksicht auf die parteipolitische Gespaltenheit ihrer Organisation nicht so offen vertreten, wie dies m.E. möglich und notwendig gewesen wäre. So ist zu bedenken, daß das Spektrum der politischen Orientierung in den Christlichen Gewerkschaften vom Befürworter der Weimarer Republik in der Zentrumsparterie bis zum Monarchisten in der DNVP reichte. Und im Rahmen des 1919 gegründeten Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes, dessen stärkste Säule die Christlichen Gewerkschaften bildeten, reichte die parteipolitische Orientierung durch die Mitgliedschaft des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV) bis zur NSDAP. Hier wird wohl deutlich, welche Integra-

tionsprobleme in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vorhanden waren. Der Druck des Nationalsozialismus hat eben nicht - wie man mit Blick auf den April 1933 vermuten könnte - nur vereinheitlichend, sondern er hat vielmehr sehr wohl in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung auch polarisierend gewirkt. Der DHV hat bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht die Protesterklärung der Gewerkschaftsverbände mitunterschrieben, sondern hat – seinerseits - den Nationalsozialisten zur „Machtergreifung“ gratuliert. Er hatte sich schon freiwillig gleichgeschaltet, als die anderen Gewerkschaftsorganisationen versucht haben, Ende April 1933 durch die Bildung eines „Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften“ einer Gleichschaltung „von oben“ durch eine Gleichrichtung „von unten“ zuvorzukommen.

Ihre Integrationsbreite hat Handlungsbarrieren für die Christlichen Gewerkschaften aufgebaut, die es verhinderten, propagandistisch offensiver gegen den Nationalsozialismus vorzugehen. Dies hat sich erst im Frühjahr 1932 geändert und dann deutlicher in der Zeit, in der die Regierung Brüning abgelöst war und mithin politische Rücksichtnahmen etwa auf den aus den eigenen Reihen kommenden Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister nicht mehr nötig waren. Aber auch da bestand immer ein zweigleisiges Konzept: Zähmung der Nationalsozialisten durch Einbindung in ein bürgerliches Kabinett einerseits und andererseits die Einsicht, daß man dies mit Rücksicht auf außenpolitische und auch auf wirtschaftspolitische Fragen eigentlich gar nicht zulassen dürfe.

Doch wenn ich von „offensiverem“ Vorgehen gesprochen habe, so muß ergänzt werden: Kampfparolen waren für die Christlichen Gewerkschaften eigentlich Wahlparolen, mit denen die eigenen Mitglieder gegen den Nationalsozialismus immunisiert werden sollten. Ob nicht durch die begrifflichen Anklänge an nationalsozialistische Formeln und auch durch das „Zähmungskonzept“ eine gegenteilige Wirkung erzielt wurde, läßt sich nicht abschätzen. Festzuhalten aber bleibt: Die Christlichen Gewerkschaften haben sich ohne Zweifel als weltanschauliche und politische Gegner der nationalsozialistischen Bewegung verstanden. Sie haben dies aber in deutlich geringerem Maße klarmachen können als die Freien Gewerkschaften. Das gilt insbesondere für die letzten Monate des Bestehens der beiden großen Gewerkschaftsrichtungen, die ja auch bei den Freien Gewerkschaften nicht ohne Anpassung, ja Anbiederung an den neuen Staat verlaufen sind. Die Freien Gewerkschaften sind indessen nicht so weit gegangen wie die Christlichen Gewerkschaften, die sich im März 1933 mit den „Essener Richtlinien“ ein neues Programm gegeben haben, in dem sie ganz ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Mitarbeit am Aufbau eines neuen nationalsozialistischen Staates bekundet haben.

Frank Deppe: Auch ich bin kein Anhänger der „Verrats“-These. Ich bin aber auch kein Anhänger der These, die besagt, daß es in der damaligen Situation

aufgrund von objektiven Handlungszwängen keine Handlungsalternativen für die Gewerkschaften mehr gegeben hätte. Damit wird das Problem des politischen Handelns auf die objektiven Faktoren reduziert. Ich will nur am Rande bemerken, daß es für die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik katastrophale Konsequenzen hätte, wenn man diese These akzeptieren würde.

Aber man muß - so meine ich - im Zusammenhang mit dem Mai 1933 von „Versagen“ sprechen. Ich halte den Aufruf des ADGB zum 1. Mai 1933, den Hitler zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärte, für ein Versagen der Gewerkschaften, das man auch aus heutiger Sicht nicht scharf genug kritisieren kann. Ich halte den Versuch, der sicher nicht von der Gesamtheit des ADGB geteilt, der aber doch von relevanten Führungskräften getragen wurde, durch Anpassung an das neue nationalsozialistische Regime das Überleben der Organisation zu sichern, bis hin zu der Bereitschaft, sich dann auch im „Führerkreis“ aus dem ganzen politischen und Traditionszusammenhang der sozialistischen Arbeiterbewegung herauszugeben, für ein Versagen. Die „Bernauer Rede“, in der sich der ADGB-Vorsitzende Leipart zum nationalen Gedanken bekannte, muß man meiner Ansicht nach ebenso kritisieren wie die Versuche der ADGB-Führung, nach dem „Preußenschlag“ im Juli 1932 mit von Papen Kontakt aufzunehmen.

Ein Problem stellt sich bei den Gewerkschaften noch schärfer als bei der SPD: Sie haben es versäumt, ein gewerkschaftliches Konzept des Kampfes und der Interessenvertretung in der Krise zu entwickeln. Sie haben es versäumt, auf eine Verbindung von ökonomischem Kampf und politischer Interessenvertretung hinzuwirken, weil sie zu sehr auf das Parlament und die Rolle der SPD fixiert waren. Auf diese Weise wurde es unmöglich, eine Konzeption gewerkschaftlicher Verteidigungskämpfe zu entwickeln und auch aktiv zu tragen, die die Gewerkschaften in die Lage versetzt hätte, den Schlichtungsmechanismus (d.h. die staatliche Außerkraftsetzung der Tarifautonomie in der Form von Lohnkürzungen) zu durchbrechen. Das beginnt mit dem Ruhreisenstreik im Jahre 1928. Beim Berliner Metallarbeiterstreik im Jahre 1930 war z.B. die Führung des Metall-Arbeiter-Verbandes darüber entsetzt, daß der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsjurist Sinzheimer als Mitglied der Schlichtungskommission einem empörenden Schiedsspruch zustimmte. Das zeigt das Dilemma auf, in dem sich die Gewerkschaften damals befanden. Das ist gewiß ein objektives Dilemma gewesen, das enthebt uns heute nicht der Notwendigkeit festzustellen, daß es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, in dieser Situation die Interessen der Lohnabhängigen und der Arbeitslosen zu vertreten und Aktionsformen und -ziele zu entwickeln, die einen sie selbst paralysierenden Mechanismus hätten durchbrechen können.

Die Herbststreikwelle 1932 zeigt zweierlei: zunächst, daß es möglich war, in dieser Zeit der Krise Kämpfe zu führen. Diese sind z.T. auch von den ADGB-Gewerkschaften unterstützt worden. Dabei ist es gelungen, die Absicht der Papenschen Notverordnungen, die auf weitere drastische Lohnkürzungen zielten, in vielen Betrieben zum Scheitern zu verurteilen. Außerdem wurde in diesen Streiks auch ein Argument der Gegenkräfte widerlegt, nämlich, daß sich die Arbeitslosen als Streikbrecher mißbrauchen ließen. Genau das scheiterte in der Herbststreikwelle. Vielfach haben sich die Arbeitslosen mit den Streikenden solidarisiert. Das war übrigens auch ein Verdienst der Politik der KPD. Was über den Immobilismus der SPD gesagt wurde, trifft insoweit auch für die Gewerkschaften zu, als sie nicht in der Lage waren, die wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen und ihre Konzeption zur Arbeitsbeschaffung zur Mobilisierung der eigenen Anhänger zu entwickeln.

Hermann Weber: Man kann wohl eher von einem Dilemma sprechen, in dem sich die Gewerkschaften befanden. Daher ist der Begriff Immobilismus hier nicht angebracht. Es war furchtbar schwierig für eine Organisation wie die Gewerkschaften - die ja eine ganz andere Aufgabenstellung haben als etwa eine politische Partei -, einen Ausweg zu finden. Ich glaube allerdings, daß man von „Versagen“ sprechen kann für die Zeit von März bis Mai 1933, wenn man unter „Versagen“ versteht, daß eine Analyse, die man macht, und die ja auch bestimmte Entwicklungszüge beinhaltet, an der Realität vorbeigeht. Dies war der Fall.

Für die Jahre 1930 bis 1932 möchte ich allerdings auf die verheerende Wirkung der RGO-Politik auf die Gewerkschaften hinweisen. Damit wurde eine weitere Front gegen den ADGB aufgebaut. So werden bestimmte Aspekte der ADGB-Politik erst verständlich als Reaktion auf die - übrigens völlig unleninistische - Spaltung der Gewerkschaften durch die Kommunisten. Die Gewerkschaften mußten sich bei jedem Schritt überlegen, ob er nicht, bei einer radikalisierten Massenstimmung, der RGO Auftrieb gebe. Wir wissen heute, daß die RGO mitgliedermäßig ein schwacher Verband war. Und auch bei den Betriebsrätewahlen sahen ihre Ergebnisse nicht allzu gut aus. Doch die RGO spaltete die Gewerkschaften. Vielleicht war der Hinweis auf die RGO für die ADGB-Führung manchmal nur ein Vorwand, hatte Alibifunktion. Doch auf jeden Fall war der ADGB, ähnlich wie die Sozialdemokraten, in einen Zwei-Fronten-Krieg gezwungen, der seine Kräfte überstieg.

Ulrich Borsdorf: Ich möchte die Politik der ADGB-Führung von März bis Mai 1933 keineswegs in Bausch und Bogen verteidigen. Nur soviel möchte ich sagen, und das ist nicht so polemisch gemeint, wie es sich anhören mag: Wer den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 als einen strategischen Schachzug gegen den Natio-

nalsozialismus bezeichnet, der kann nicht die Politik der Gewerkschaftsführungen von 1933 geißeln. Daß sie ein mißlungener, im Ansatz untauglicher Versuch war, ist richtig. Es war eine Fehleinschätzung zu glauben, daß der Nationalsozialismus schnell an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen würde (was übrigens soziologisch nahelag, und schließlich ist er ja auch, und zwar im internationalen Maßstab, an diesen Widersprüchen zerbrochen). Was eine kämpferische Gewerkschaftspolitik 1930 und später betrifft, so möchte ich noch eines betonen: Ich kann mir schlecht vorstellen, daß auf dem Hintergrund der damaligen Arbeitsmarktsituation eine „kämpferische“ Gewerkschaftspolitik realistisch und erfolgreich gewesen wäre. Ich weiß auch nicht, ob eine Mobilisierung, die ins Leere gelaufen wäre - und das hätte sie notwendigerweise gemußt - nicht noch größere Frustrationen hervorgerufen hätte als das, was die Gewerkschaften tatsächlich am Ende der Weimarer Republik getan haben. Genau das war doch das Ergebnis aller von der RGO initiierten Streiks, die ja sämtlich erfolglos waren: Der Berliner Rohrlegerstreik ist dafür das beste und schon damals scharf kritisierte Beispiel.

Daß viele 1933 an einen schnell vorübergehenden „Spuk“ glaubten oder sich in der gleichen Situation wähnten wie beim Erlaß des Sozialistengesetzes, also eine falsche Parallelisierung zweier historischer Situationen annahmen, ist der entscheidende Punkt der Fehleinschätzung. Auch der von den Sozialdemokraten, z.B. auf dem Leipziger Parteitag des Jahres 1931 von Rudolf Breitscheid angestellte Vergleich mit dem italienischen Faschismus war nicht geeignet, die brutale Wucht des deutschen Nationalsozialismus mit seinen grausamen Konsequenzen richtig abzuschätzen. Ich ziehe daraus auch den Schluß, daß wir heute möglichst auf falsche Parallelen verzichten sollten obwohl sich, was die strukturellen Schwächen der Arbeiterbewegung angeht, Vergleiche aufdrängen.